8. Jahrgang No. 569

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 6. Dezember 1910

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Gross-Berlin: 20 Pfennig wöchentlich, nur 85 Pfennig monatlich frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.90 und vierteljährlich Mark 2.70. Insertionspreis für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen: das Wort 6 Pfennig, das fette Ueberschriftwort 15 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Strasse 46—49. Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Tel.: Amt I, Nr. 10 131-10 148. Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbusserstr. 1, Wienerstr. 1-5, Frankfurter Allee 61—62, Gr. Frankfurterstr. 31 u. 97, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 7, Badstr. 55, Königstr. 56-57, Rosenthalerstr. 46, Kathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 33, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69; Charlottenburg: Tauentzienstr. 5, 8, Kantstr. 34, Scharrenstr. 30; Friedenau-Steglitz: Rheinstr. 39; Gross-Lichterfelde West: Carlstr. 1—2; Halensee-Grunewald: Konstanzerplatz; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 139, Pankow: Hornholmerstr. 1; Rixdorf: Bouthstr. 41; Schöneberg: Hauptstrasse 155; Tegel: Berlinerstr. 93; Weissensee: König-Chaussee 61b; Wilmersdorf: Uhlandstr. 35—39

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Bethmann und Heydebrand.

Herr v. Heydebrand hatte in der Reichstagssitzung am 26. November an den Reichskanzler das berühmte Ultimatum gestellt, das dem Philosophen in der Majorsform plausibel machte, was für eine Politik er gegen die Revolution" nunmehr endlich zu machen habe. Wir haben in Heydebrandschen Feldzugsplan erst in der Sonntagsnummer näher beleuchtet. Der Reichskanzler blieb auf die Heydebrandsche Apostrophe die Antwort nicht bloß in der Reichstagssitzung schuldig; auch darauf warteten die Konservativen vergebens, daß der Kanzler in den nächsten Tagen das räselhafte Schweigen brechen und wenigstens durch eine Offiziöse zu erkennen gäbe, wie er sich zu der Heydebrandschen Aufforderung stellen würde.

Der Erfolg dieser hartnäckigen Schweigsamkeit war der, daß die „Kreuzzeitung" in ihrer letzten Wochenschau gegen den botmäßigen Reichskanzler unangenehm wurde.

Wenn die Regierung nicht sehr bald ihre Geneigtheit bezeugt, Herrn v. Heydebrand zu Willen zu sein,

„dann müssen wir, sagt die „Kreuzzeitung", ihr unsere Meinung darüber mit aller Deutlichkeit sagen. Vielleicht war das alles nicht nötig. Vielleicht erwägt der Reichskanzler in der Stille alles mit der an ihm nicht genug zu rühmenden **philosophischen Ruhe**. Niemand kann das aber wissen, denn Herr v. Bethmann Hollweg ist **ein Schweiger** und **hat keinen Vertrauten**, auch nicht unter den Parlamentariern und Journalisten. So hat er denn nun wenigstens erfahren, wie die Konservativen in den Parlamenten und im Lande über dies schwerste Problem der Zeit denken und **wie weit er etwa auf ihre Unterstützung rechnen kann.**"

Diese Anzapfung hat gewirkt. Feierlich läßt jetzt endlich der „Schweiger" in der „Nordd. Allg. Ztg." eine Erklärung, die entschuldigend und begütigend sagt:

Gegen nationalliberale Blätter polemisierend, kommt die „Kreuzzeitung" in ihrem Sonntagsartikel auf die „Szene" zurück, in der der Abgeordnete Dr. v. Heydebrand, während der Debatte im Reichstag über die Interpellation Lebedour, den Reichskanzler aufforderte, Maßregeln gegen revolutionäre Umtriebe zu ergreifen. Nach der „Kreuzzeitung" soll sich „die Apostrophierung des Reichskanzlers" ganz einfach daraus erklären, daß Herr v. Bethmann Hollweg „den außerparlamentarischen Verkehr mit allen Abgeordneten ohne Ausnahme vermeidet". Diese Erklärung steht mit der tatsächlichen Wahrheit nicht in Einklang. Der Reichskanzler hat gerade in der letzten Zeit, wie übrigens schon während der Sommerpause, Vertreter der bürgerlichen Fraktionen, darunter auch **den Abgeordneten Dr. v. Heydebrand, bei sich zu Unterredungen empfangen.**

Wie oft der Reichskanzler aus dem Munde des Herrn v. Heydebrand die konservativen Staatsrettungsideen vernommen hat, darüber besagt das offiziöse Dementi nichts. Offenbar hört der Kanzler seinen „ungekrönten König" nach der Meinung der tatendurstigen Konservativen nicht oft genug, so daß er noch allzu viel ohne Heydebrands geistige Führung herumgrübelt.

Inzwischen hat sich die „Kreuzzeitung" gemüßigt gefühlt, ihre Wochenschau mit den Vorwürfen gegen den Kanzler, daß er „keinen Vertrauten" habe, zurückzukommen. Das hätte tut dies nicht ohne einen gewissen Humor:

„In unserer gestrigen Wochenschau haben wir — so heißt es in dieser neuesten konservativen Note — auf Grund von Informationen aus dem Reichstage gesagt, der Reichskanzler vermeide den außerparlamentarischen Verkehr mit den Abgeordneten. Dazu wird uns heute aus dem Reichstage mitgeteilt, daß dies doch nur in sehr begrenztem Maße richtig sei. Die persönlichen Verhandlungen des Reichskanzlers mit den **Fraktionsführern** aller bürgerlichen Parteien seien **nie unterbrochen** gewesen. Nur erfahre davon die Oeffentlichkeit weniger als zu Bülows Zeiten.

Uebrigens haben wir, wie wohl aus dem ganzen Ton und Inhalt unserer Ausführungen hervorgeht, die ruhigere Behandlung der inneren Politik nicht etwa tadeln wollen, haben vielmehr unserer Erwartung Ausdruck gegeben, daß diese von uns oft genug anerkannte **affektlose Leitung** der inneren Politik in letzten künstlich aufgestachelter Erregung mit dem rechten Wort und der rechten Tat im entscheidenden Augenblick die Situation klären werde. Den gleichen Sinn verbinden wir auch mit dem Begriff der „philosophischen Ruhe", die den Reichskanzler auszeichne. Daß Herr v. Bethmann Hollweg keingrübelnder Metaphysiker, sondern ein **Realpolitiker** ist, davon zeugt jedes seiner Worte, und vergeblich bemühen sich die Witzblätter, dieses seinen Vorzug in das Gegenteil zu karikieren.

Durch ihre beißende Ironie, der Reichskanzler sei „Realpolitiker", wird diese Erklärung der Situation eine neue Wendung geben. Denn Bethmann Hollweg wird mit dieser grausamen Nadelstichpolitik entweder eine neue Erklärung für die „Norddeutsche" formulieren, oder er wird, was das Wahrscheinlichere ist, Herrn v. Heydebrand sofort bindende Garantien dafür geben, daß sein Programm mit beschleunigter Geschwindigkeit durchgeführt werden wird. . . .

Der Antimodernisteneid im Vatikan. Nach einer Meldung aus Rom wurde gestern im Vatikan in Anwesenheit des päpstlichen Staatssekretärs Merry del Val allen vatikanischen Priestern der Antimodernisteneid abgenommen. Zuerst hielt Merry del Val eine Ansprache, hiernach schwuren die Versammelten und bestätigten den Schwur mit ihrer Unterschrift.

Kurze Chronik.

• Bei der Landtagsersatzwahl in Breslau hat der fortschrittliche Kandidat, Handelskammersyndikus Dr. Ehlers-Berlin über den Zentrumskandidaten gesiegt.

Der Herzog von Chartres, der zweite Sohn des 1842 verstorbenen Herzogs von Orleans, der Bruder des Grafen von Paris, ist auf seinem Schloß Saint Firmin bei Chantilly im einundsiebzigsten Lebensjahre gestorben.

In Funchal (Madeira) sind bis jetzt 181 Personen an Cholera erkrankt und 57 gestorben.

• Der amerikanische Kongreß trat gestern in Washington zu seiner zweiten Session zusammen.

• Näheres im Text des Blattes.

314 Menschen ertrunken.

Die Sturmkatastrophe auf dem Kaspischen Meere,

über die wir mehrfach berichteten, hat wie jetzt feststeht Hunderte von Opfern gefordert. Ein Telegramm meldet uns:

Astrachan, 5. Dezember. Von den vom Sturme auf dem Kaspischen Meere ereilten Schiffen sind insgesamt 23 gesunken, 314 Menschen sind ertrunken, darunter 184 persische Schiffsarbeiter. Acht Leichterschiffe sind im Eise stecken geblieben, ihre Lage ist bedrohlich.

Arbeitskammergesetz und Moabit.

Den reaktionären Scharfmachern und Revolutionshetzern sind alle Mittel recht, um zu ihrem erlesenen Ziele, der Verschlechterung des Reichstagswahlrechts, zu gelangen. Bei der gestern im Reichstage eröffneten zweiten Lesung des Arbeitskammergesetzes brachten die Redner der Rechten, die Herren Graf Westarp (konservativ) und v. Dirksen (Reichspartei) es fertig, die rein soziale Materie dieses Gesetzes auf das politische Gebiet hinüberzuspielen, über den „revolutionären Geist" der Massen zu zetern und das Wahlrecht des Parlaments, dem sie selbst angehören, herabzusetzen! Tüchtige Volksvertreter! Ihnen trat der Abgeordnete Dr. Naumann (Fortschrittliche Volkspartei) energisch entgegen. Er kennzeichnete die demütige Stellung, die Herr v. Heydebrand der Regierung angewiesen hat, und das Bestreben gewisser Kreise, die Moabiter Vorgänge aufzubauschen; er sagte der Rechten, woher die im Volke gegen die Reaktion herrschende Erbitterung stammt.

Neben diesen politischen Auseinandersetzungen gingen rein sachliche einher. Die Sozialdemokraten haben wieder an Stelle der Arbeitskammern die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes beantragt, dem als Unterberater Bezirksarbeitsämter und Arbeiterkammern angegliedert werden sollen. Sie blieben mit diesen Forderungen, die der Abgeordnete Legien begründete, allein. Das Zentrum stellte sich auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse, die Konservativen und Reichsparteiler erklärten sich gegen diese.

In der Rede des Staatssekretärs Delbrück, die sich ebenfalls mit den Beziehungen der Moabiter Vorgänge zu den Bestimmungen der Vorlage beschäftigte und unter dem lebhaften Hört! Hört! der Rechten die Frage aufwarf, ob angesichts dieser Vorgänge der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt noch zweckmäßig sei, nahmen das Hauptinteresse die Ausführungen des Redners über die Eisenbahnarbeiter in Anspruch. Denn die Regierung will mit aller Entschiedenheit die Arbeiter der Staatsbahnen nicht als Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes betrachten, ihnen also Beamteneigenschaft geben. Herr Delbrück begründete diese Erklärung mit dem üblichen Hinweise auf die Betriebssicherheit und auf die Haltung der französischen Regierung den Eisenbahnarbeitern gegenüber. Mit Recht wies der Abgeordnete Dr. Naumann darauf hin, daß man sich die Verstaatlichung neuer Eisenbahnen sehr überlegen müsse, wenn die Regierung die Eisenbahnarbeiter aus dem Arbeitskammergesetz ausschließen will. Und der Sozialdemokrat Legien drohte, die Zeiten würden sich ändern, und zwar so, daß dem Staatssekretär die Augen übergehen werden.

Es ist für jeden wirklich liberal und sozial denkenden selbstverständlich unmöglich, einem Gesetz zuzustimmen, in dem zwischen Arbeitern und Arbeitern ein Unterschied gemacht wird, und es ist für die Abgeordneten der Linken ebenso selbstverständlich, daß sie dem Arbeitskammergesetz ihre Zustimmung versagen, wenn es in der von der Regierung gewünschten Form angenommen wird.

Nach der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages (Reichsarbeitsamt) und der Annahme des § 1 wurde die Weiterberatung auf heute vertagt.

*

Zur Frage der Eisenbahnarbeiter wird gemeldet: Das Reichskartell der Verbände der Angestellten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten (Sitz Elberfeld) hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, in der gebeten wird, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, den Staatsarbeitern in Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Militärbetrieben durch Zentralisation und Ausbau der bestehenden Arbeiterausschüsse Ersatzarbeitskammern zu geben, falls die Staatsarbeiter dem Arbeitskammergesetz nicht unterstellt werden sollen.

Die Breslauer Landtagswahl.

Breslau, 5. Dezember. (Privat-Telegramm.) Landtagsersatzwahl. Bei der Stichwahl wurden abgegeben für den fortschrittlichen Kandidaten Dr. **Ehlers** 839, für den Zentrumskandidaten Vogel 824 Stimmen. Dr. Ehlers ist somit **gewählt.**

Dieses Ergebnis der Nachwahl zum Abgeordnetenhause hat eine große politische Bedeutung, die weit über das Breslauer Lokalinteresse hinausgeht. Seit vielen Jahren ist durch diese Wahl Breslau wieder in die Lage versetzt worden, einen liberalen Vertreter in das preußische Abgeordnetenhaus zu entsenden. Der schwarzblaue Lokalblock, der bisher in Breslau seine reaktionären Orgien feiern durfte, ist am gestrigen Tage zertrümmert worden. Diesmal ist allerdings nur der schwarze Kartellbruder, der die leer gewordene Stelle des Zentrumsabgeordneten Ziesche ausfüllen sollte, kalt gestellt worden! Bei der nächsten Landtagshauptwahl werden die beiden konservativen Kartellbrüder nachfolgen. Es wird dadurch von der Stadt Breslau ein schwerer Druck genommen, der jahrelang verwirrend und vergiftend auf das öffentliche Leben der Hauptstadt Schlesiens gewirkt hat. Der krasse und herausfordernde Uebermut der verbündeten Konservativen und Ultramontanen hat auch auf das kommunale Leben Breslaus einen gemeinschädlichen Einfluß ausgeübt. Die Tatsache allein, daß es in einer Stadt wie Breslau eine reaktionäre Majorität fertig brachte, die drei Landtagsmandate für sich in Beschlag zu nehmen, war geeignet, die Stadt nach außen hin in eine sehr unvorteilhafte Beleuchtung zu rücken. Dieser Bann ist nun gebrochen. Wir hoffen, daß der 5. Dezember 1910 für das politische und kommunale Leben Breslaus den Beginn einer neuen, einer besseren Zeit bedeutet.

Erreicht worden ist das erfreuliche Resultat — und darin beruht seine allgemeinpolitische Bedeutung — durch das Zusammengehen der Fortschrittspartei und der Sozialdemokratie. Die Breslauer Freisinnigen haben es früher verschmäht, mit den Sozialdemokraten einen Pakt zu schließen dergestalt, daß man zwei freisinnige und einen sozialdemokratischen Kandidaten mit vereinten Kräften durchbrächte. Lediglich dem „Rotkoller" der freisinnigen Führer in Breslau verdankte der schwarzblaue Lokalblock seine Wahlerfolge. Hoffentlich lernen die Breslauer Fortschrittler nunmehr endlich aus dem gestrigen Wahlresultat, daß die Sozialdemokratie bündnisfähig ist, wenn es gilt, die Reaktion in jeglicher Gestalt zu bezwingen! Wenn das die Lehre aus dem gestrigen Siege der vereinigten Fortschrittler und Sozialdemokraten sein wird, so wird dieser Sieg doppelt und dreifach bedeutungsvoll sein.

*

Eine zweite Landtagsersatzwahl

hat gestern in Hirschberg i. Schl. stattgefunden. Die Wahl war infolge des Ablebens des freisinnigen Abgeordneten Wagner erforderlich geworden. Wie uns aus Hirschberg i. Schl. telegraphiert wird, wurden im ganzen 390 Stimmen abgegeben; davon entfielen auf Hugo Wenk, Rentier, Hirschberg i. Schl., Fortschrittliche Volkspartei, 203, auf Seydel, Landgerichtsrat a. D., Hirschberg i. Schl., nationalliberal, 187 Stimmen. Wenk wurde somit gewählt.

Der Kongreß der Vereinigten Staaten

begann gestern in Washington seine zweite Session. Auf Grund der Wahlen vom 8. November, die den Demokraten einen glänzenden Sieg gebracht haben, wird das Repräsentantenhaus des am 4. März nächsten Jahres beginnenden neuen Kongresses 227 Demokraten, 163 Republikaner und einen Sozialisten zählen. Es ist kaum anzunehmen, daß der Kongreß in der jetzigen Session sich mit wichtigen Gesetzesvorschlägen befassen wird. Die durch den Wahlausfall in den Vordergrund gerückte Tarifrevisionsfrage wird vielmehr wohl erst im neuen Kongreß angeschnitten werden. Möglich ist aber auch, daß der Präsident Taft eine Extrasession zur Beratung der Tariffrage einberuft. Die Demokraten wollen, da ihnen die Verantwortung für die Lösung des Tarifproblems aufgebürdet worden ist, in der Tariffrage sehr vorsichtig vorgehen. Sie werden, wie verlautet, die Revision abschnittweise vornehmen und zunächst die Zölle der Klasse „Wolle" revidieren.

Protest gegen das Todesurteil von Rouen. Aus Rouen wird telegraphisch berichtet: Da der Bürgermeister die Veranstaltung einer Protestversammlung gegen den Wahrspruch der Geschworenen von Rouen in der Arbeitsbörse verboten hatte, fand eine Versammlung in dem benachbarten Sotteville statt. Die Versammlung nahm einen Antrag an, wonach der Gesamtausstand proklamiert werden soll, falls der zum Tode verurteilte Syndikatssekretär Durand nicht in zwei Monaten frei ist.

Die neue Aera in China. Nach einem Telegramm aus Peking sind durch kaiserliche Erlasse die Departements für Heer und Flotte in selbständige Ministerien umgewandelt worden. Diese Maßnahme stellen die Vorbereitung eines konstitutionellen Regimes mit Kabinettssystem dar.

Der englische Wahlkampf. Wie uns ein Telegramm aus London meldet, waren bei den Unterhauswahlen bis gestern